G20 segnen die globale Besteuerung von Kohlenstoff ab

geschrieben von Chris Frey | 14. Juli 2021

Eric Worrall

Die G20-Gastbankiers sprachen auch von der Notwendigkeit, Pensionsfonds „freizuschalten“, damit sie die Ersparnisse der einfachen Leute in die Bekämpfung der Klimakrise investieren können.

G20-Minister befürworten Kohlenstoffpreise zur Bekämpfung des Klimawandels

EZB-Präsidentin Christine Lagarde fordert einen Mechanismus, der die „wahren Kosten des Kohlenstoffs“ widerspiegelt

Leslie Hook in London und Kristen Talman in Venedig

Die Finanzminister der G20 haben zum ersten Mal gemeinsam die Bepreisung von Kohlendioxid befürwortet und die einst umstrittene Idee als eines von vielen Instrumenten“ zur Bekämpfung des Klimawandels bezeichnet.

Die Frage der Besteuerung von Kohlendioxid-Emissionen hat die G20-Mitglieder lange gespalten, wobei insbesondere die USA historisch gesehen dagegen waren.

„Die Bekämpfung des Klimawandels und des Verlustes der Artenvielfalt sowie die Förderung des Umweltschutzes bleiben dringende Prioritäten“, sagten die G20-Finanzminister am Samstag nach Gesprächen über ein globales Steuerabkommen und andere Themen in Venedig. Die Lösungen könnten, „falls angemessen, den Einsatz von Mechanismen und Anreizen zur Bepreisung von Kohlenstoff beinhalten“, sagte die Gruppe, die zum ersten Mal in einem Kommuniqué ihre Unterstützung für einen Kohlenstoffpreis zum Ausdruck brachte.

William Nordhaus, ein amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger, hielt die Grundsatzrede auf der Konferenz und forderte einen „Klima-Club“ von Ländern, die sich zu einem Kohlenstoffpreis verpflichten.

„Er fügte hinzu, dass ein „Klima-Club“ den Ländern, die keine Kohlenstoffpreise eingeführt haben, einen Strafzoll auferlegen müsste.

…
„Wenn es darum geht, Treuhandvermögen, Pensionsfondsvermögen und Kapital von Vermögenseigentümern freizusetzen, müssen wir die Rolle dieser Institutionen neu überdenken. Wir müssen ihr Modell überdenken“, sagte Fink und bezog sich dabei auf die Weltbank und den IWF.

…

Mehr dazu hier.

Die Biden-Vertreterin, die US-Finanzministerin Janet Yellen umging Berichten zufolge das Thema einer Kohlenstoffsteuer, wobei eine schnelle Ablehnung des Gedankens bemerkenswert ausblieb.

Besonders beunruhigend ist die Bemerkung über das „Freischalten von Treuhandvermögen“ wie Rentenanlagen. Normalerweise entsperrt man etwas, weil man Zugriff auf den Inhalt haben will.

Damals in den 1980er Jahren haben Regierungen auf der ganzen Welt Gesetze erlassen, um privates Rentensparen zu fördern, aber sie haben nicht praktiziert, was sie gepredigt haben. Jetzt ist die Welt voll von finanziell notleidenden, verschuldeten Regierungen, die gierig auf diese riesigen, aber derzeit unzugänglichen Töpfe mit privaten Rentengeldern schielen.

Die KPCh war die erste Regierung, die einknickte – 2020 kündigten die chinesischen Kommunisten an, dass sie die Kontrolle über die Investitionen des Privatsektors übernehmen würden. Trotz Chinas hoher privater Sparquote hat China einige ernsthafte finanzielle Probleme, wie die verzweifelte Notwendigkeit, den Wiederaufbau nach ihrer Flutkatastrophe 2020 zu finanzieren. In normalen Zeiten wäre das Land vielleicht in der Lage gewesen, einen solchen Verlust zu verkraften, aber die Flutkatastrophe, gepaart mit dem Covid-Schock 2020 und der bereits angespannten Finanzlage der chinesischen Regierungen aufgrund ihrer hektischen militärischen Aufrüstung, zusammen mit ihrer langsam eskalierenden demografischen Krise, könnte Chinas öffentliche Finanzen an den Rand des Zusammenbruchs bringen. Die Ausfälle von Anleihen, einschließlich der Ausfälle von Anleihen staatlicher Unternehmen, sind auf einem Rekordhoch.

Die neuen Gesetze, die es der KPCh erlauben, auf private Ersparnisse zuzugreifen, könnten ein Versuch sein, etwas Zeit zu gewinnen. Meiner Meinung nach planen die chinesischen Kommunisten wahrscheinlich, ihre neuen Befugnisse über die Art und Weise, wie privates Geld investiert wird, zu nutzen, um private Sparkassen im Stillen dazu zu zwingen, ihre Barguthaben in von der Regierung genehmigte Projekte zu investieren, um das Geld, das sie von privaten Banken beschlagnahmt haben, zum Stopfen klaffender Löcher in Chinas öffentlichen Finanzen zu verwenden.

Angesichts der Tatsache, dass die chinesische Regierung bisher mit allem, was sie tut, davonzukommen scheint, stellt sich die Frage, wie finanziell angeschlagene westliche Regierungen ebenfalls an der Plünderung teilnehmen und Ihre Ersparnisse in die Hände bekommen können.

Die angebliche Klimakrise ist der Schlüssel, um dies zu ermöglichen. Wir haben den Angriffsplan bereits gesehen – internationale Bankenverbände und Regierungen unterziehen ihre Mitgliedsbanken und Pensionsfonds

zunehmend Tests zur Klimaresistenz. Solche Klimatests werden meiner Meinung nach wahrscheinlich dazu benutzt werden, private Fonds zu zwingen, in dubiose, grüne Energieprojekte nach Art von Vetternwirtschaft zu investieren, um das angebliche Klimarisiko anderer Investitionen in ihren Portfolios auszugleichen.

Link:
https://wattsupwiththat.com/2021/07/11/g20-endorses-global-carbon-pricing/

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE